Innenpolitisches 4 11 26

Ostdeutsche Allgemeine Wochenendzeitung für Deutschland
30.Oktober bis 5. November 2026

Und was ist mit den Palästinensern?
von Kristin Helberg

Staaten haben Rechte – das Recht zu existieren gehört nicht dazu. Denn das Völkerrecht kennt kein eigenständiges Existenzrecht von Staaten, sondern nur das Selbstbestimmungsrecht von Völkern. Auch im internationalen Recht geht es also um Menschen, die in ihrer Existenz geschützt und selbstbestimmt sein sollen. Gründen sie einen Staat, der von den Vereinten Nationen anerkannt wird, hat dieser bestimmte Rechte. Er darf nicht gewaltsam angegriffen werden, er darf sich verteidigen und seine völkerrechtlich definierten Grenzen sind zu respektieren. Das gilt selbstverständlich auch für Israel.

Beschließen die Bürger dieses Staates, ihn aufzuteilen, aufzulösen oder sich mit einem anderen Staat zusammenzuschließen, ist das Teil ihrer Selbstbestimmung. Entscheidend ist, was die Bewohner eines bestimmten Gebietes wollen, und dass Staatsgründungs- oder Umbauprozesse die Menschenrechte aller und das Völkerrecht achten.

Was bedeutet das für Israel und Palästina? Dass sowohl Juden als auch Palästinenser ein Recht auf Selbstbestimmung haben, aber weder Israel noch Palästina ein Existenzrecht. Wie sie zusammenleben wollen, ist ihre Sache, die Welt muss nur darauf bestehen, dass alle sicher, frei und gleichberechtigt sind. Davon sind wir weiter entfernt denn je.

Zwischen Jordan und Mittelmeer leben 15 Millionen Menschen, je zur Hälfte Juden und Nichtjuden, also palästinensische Muslime und Christen. Die Zweistaatenlösung ist längst einer Ein-Staat-Realität gewichen. Faktisch kontrolliert Israel das gesamte Gebiet: Grenzen, Luftraum, Ressourcen. Je nach Staatsangehörigkeit, religiös-ethnischer Zugehörigkeit und Wohnort haben die Bewohner unterschiedliche Rechte. Juristen beschreiben dieses System deshalb mit dem völkerrechtlichen Begriff der Apartheid.

Sich für die Gleichberechtigung aller dieser Menschen einzusetzen, sollte für deutsche Politiker selbstverständlich sein. Die Frage ist: in welcher Form? Ein „Existenzrecht Israels" zu beschwören, ohne Palästina anzuerkennen und Israels institutionelle Verantwortung für die Verbrechen in Gaza und im Westjordanland zu benennen, ignoriert die Hälfte der Bewohner.

Neben der Zweistaatenlösung andere territoriale Konzepte zu diskutieren, ist nicht antisemitisch, sondern legitim. Manche wünschen sich eine Konföderation zweier Staaten, andere fordern einen Staat mit gleichen Rechten für alle – Juden, Christen, Muslime und Konfessionslose. Über die politische Ordnung des Gebietes entscheiden seine Bewohner, nicht deutsche Politiker oder Aktivisten.

Eine rote Linie verläuft dort, wo zur Vertreibung von Menschen aufgerufen wird. Auf palästinensischer Seite hört man das von einer Minderheit, in Israel ist es Regierungspolitik. 60 bis 80 Prozent der jüdischen Israelis befürworten die Umsiedlung oder Vertreibung der Palästinenser aus Gaza, zwei Drittel sind gegen einen palästinensischen Staat. Die Knesset beschloss im vergangenen Jahr, Israels Souveränität auf das Westjordanland auszudehnen und das Gebiet zu annektieren.

Die hessische Gesetzesinitiative, die für die Leugnung eines nicht existierenden Existenzrechts bis zu fünf Jahre Haft vorsieht, stärkt diese illegale Landnahme. Ihr Gutachter Steffen Augsberg spricht von „Judäa und Samaria" als potenziell israelischem Staatsgebiet und übernimmt damit die Sprache der Siedler, die das palästinensische Westjordanland für sich beanspruchen. Geht es den Hessen also gar nicht um die Existenz zweier Staaten in von den UN definierten Grenzen, sondern um Groß-Israel?

Kristin Helberg *ist Politikwissenschaftlerin und Journalistin. Sie berichtete sieben Jahre lang von Damaskus aus über den Nahen und Mittleren Osten für deutsche, österreichische und Schweizer Hörfunkprogramme sowie verschiedene Print- und Onlinemedien.*

Verstörender Auftritt: Merkel vergleicht Ostdeutsche mit eingebürgerten Syrern – Unzensuriert



Altkanzlerin Angela Merkel hat mit einer Rede bei der Verleihung des Internationalen Mendelssohn-Preises eine kontroverse Debatte losgetreten.

Verstörender Auftritt: Merkel vergleicht Ostdeutsche mit eingebürgerten Syrern

Bei der Verleihung des Internationalen Mendelssohn-Preises im Leipziger Gewandhaus hat Altbundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ihre fragwürdige Sichtweise auf die deutsche Staatsbürgerschaft und den Volksbegriff dargelegt. In ihrer Rede betonte die Ex-Kanzlerin, dass für die Zugehörigkeit zum deutschen Volk einzig und allein die rechtliche Staatsangehörigkeit ausschlaggebend sei – und keineswegs Herkunft, Kultur oder die historische Verwurzelung.

Ostdeutsche und neu eingebürgerte Syrer gleichgestellt

Der zentrale Kern ihrer Ausführungen war der direkte Vergleich zwischen der ostdeutschen Bevölkerung und erst kürzlich zugewanderten Menschen aus dem Nahen Osten. Merkel stellte explizit fest, dass zwischen Bürgern aus der ehemaligen DDR und erst vor wenigen Jahren eingebürgerten Syrern kein Unterschied gemacht werden dürfe. Wer den deutschen Pass besitzt, gelte demnach in gleicher Weise als Teil des Volkes.

Plädoyer für den Pass als Maßstab

Scharf wandte sich die frühere Bundeskanzlerin gegen politische Strömungen, die Unterscheidungen nach der Dauer der Staatsangehörigkeit oder dem kulturellen Hintergrund vornehmen. Versuche, zwischen länger ansässigen Bürgern und Neu-Staatsbürgern zu differenzieren, wies sie zurück und mahnte stattdessen ein rein formaljuristisches Verständnis von Bürgerschaft an.

JB→Wiedervereinigung wird damit durch Frau Merkel ad absurdum geführt. Dieses Denken ist Grundlage dafür, dass Bürger der ehemalien DDR ebenso wie solche, die auf diesem Territorium leben und nach der „Wende" geboren wurden, benachteiligt werden (keine Höherwertung der signifikant niedrigeren Löhne, Rentenstrafen, Nichtanerkennung von DDR-Betriebsrenten, noch immer existierende Berufsverbote, weitestgehende Ausgrenzung von Ostdeutschen von hohen Funktionen im Staatsapparat, Justiz und Wirtschaft usw.). Die Ostdeutschen sind keine Deutschen Bürger, sondern wie andere Ausländer in das deutsche Staatswesen gnädigerweise Aufgenommene.

Merkel: Ostdeutsche und eingebürgerte Syrer gehören gleichermaßen zum deutschen Volk | NIUS

Merkels Volks-Lektion in Leipzig: Ostdeutsche und Syrer – alles eins?
Besonders bemerkenswert sind die rechtsgerichteten Kommentare in dem Link der Pressemitteilungen von Kettner-Edelmetalle sagt u.a.: ...
die letztendlich auch meine obigen Anmerkungen bestätigen.

Internationales 4 11 26

Berliner Zeitung 4.11.2026

US-Midterms: Der Krieg, der Trump den Kongress kostete

Kansas geht erstmals seit 1932 an die Demokraten, Texas nach 38 Jahren. Beide Sieger kämpften gegen den Iran-Kurs.

Luise Evers

Der Iran-Krieg ist für viele Amerikaner längst im Alltag angekommen. Seit Kriegsbeginn Ende Februar sind die Lebenshaltungskosten deutlich gestiegen. Zwar hatte Donald Trump angekündigt, Iran bis zu den Midterms nicht erneut anzugreifen. Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges ließen sich damit aber nicht aufschieben.

Am Wahltag haben Trumps Republikaner dafür die Rechnung bekommen. Die Demokraten haben nach Berechnungen der Nachrichtenagentur AP die Mehrheit im Senat zurückerobert, auch im Repräsentantenhaus liegen sie nach Projektionen der US-Sender vorn. Selbst in republikanischen Hochburgen wie Texas und Kansas gingen Senatssitze an die Demokraten.

Für die zweite Hälfte von Trumps Amtszeit verschiebt das die Gewichte, auch im Krieg gegen Iran. Wie stark der Krieg die Wahl geprägt hat, zeigt sich in zwei Bundesstaaten, die die Republikaner für sicher hielten.

Pastoren gegen den Krieg

In Kansas gewann Adam Hamilton, Pastor der größten methodistischen Gemeinde der USA. Erstmals seit 1932 schickt der Staat damit einen Demokraten in den Senat. In Texas schlug James Talarico, 37 Jahre alt und presbyterianischer Theologiestudent, den Trump-Vertrauten Ken Paxton. Seit 1988 hatte dort kein Demokrat eine Senatswahl gewonnen.

Beide sprachen im Wahlkampf offen über ihren Glauben, beide griffen den Krieg frontal an. Talarico sagte kurz nach Kriegsbeginn im Sender CBS, der Irak-Krieg habe Amerika junge Leben und sein

moralisches Ansehen gekostet, die heutige Führung wiederhole dieselben Fehler. Für Bomben am anderen Ende der Welt sei offenbar immer genug Geld da. Hamilton stellte sich gegen den Krieg und gegen Trumps Zölle, die Bauern in Kansas bekamen beides zu spüren. Sein Gegner, Senator Roger Marshall, hatte beides unterstützt.

Die Regierung hatte den Krieg religiös aufgeladen. Kriegsminister Pete Hegseth betete im Pentagon öffentlich für die Truppen. Demokraten und Kirchenvertreter warfen der Regierung vor, den Glauben für einen unpopulären Krieg einzuspannen. Hamilton und Talarico boten konservativen Wählern eine christliche Stimme gegen diesen Krieg.

Paxton verdankte seine Nominierung Trump, der ihn in der Vorwahl gegen Senator John Cornyn unterstützt hatte. Bereuen will der Präsident die Empfehlung nach eigenen Worten nicht.

Krieg und die Kosten

Wie sehr der Krieg Trump geschadet hat, zeigen die Umfragen von Reuters und Ipsos. Kurz vor Kriegsbeginn Ende Februar billigten 40 Prozent der Amerikaner seine Amtsführung, etwa so viele wie seit dem Sommer davor. Einen Monat nach Kriegsbeginn waren es 36 Prozent, Anfang Oktober nur noch 32 Prozent, der niedrigste Wert in beiden Amtszeiten. Für den Krieg selbst sprach sich im Sommer nicht einmal ein Drittel der Befragten aus.

Julian Müller-Kaler, US-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), sagte der Berliner Zeitung schon vor der Wahl, Krieg und Lebenshaltungskosten hätten der Regierung massiv zugesetzt. „Trump war schließlich mit dem Versprechen angetreten, Kriege zu beenden und nicht neue anzufangen."

Die Demokraten machten die Kosten zum Kern ihres Wahlkampfs. „Fighting for an Affordable America", Kampf für ein bezahlbares Amerika, stand auf ihren Bannern, auch hinter Hakeem Jeffries, ihrem Fraktionschef im Repräsentantenhaus. Bezahlbarkeit war schon vor dem Krieg ihre zentrale Botschaft, der Krieg machte sie für viele Wähler greifbar. Trump spottete im Wahlkampf wiederholt über die Sorgen um die Lebenshaltungskosten.

Trump sieht das anders. Den Krieg hätten die Wähler ihm nicht übel genommen, wohl aber den Ölpreis, sagte er in der Wahlnacht der New York Times. Bereuen will er nichts, er würde wieder so entscheiden. Die Niederlage erklärt er damit, dass er selbst nicht auf dem Wahlzettel stand.

Wer kommt nach Trump?

Die Ergebnisse verfolgte Trump im East Room des Weißen Hauses, unter anderen mit Vizepräsident JD Vance und Außenminister Marco Rubio. Die Stimmung sei düster gewesen, berichtet die New York Times, einige Gäste gingen früh. Vance und Rubio gelten als mögliche Bewerber für 2028. Beide müssen nun entscheiden, wie eng sie an Trumps Krieg gebunden bleiben wollen. Trump selbst darf nicht wieder antreten.

Israel-Hilfe als Wahlkampfthema

Wie sehr der Nahe Osten diesen Wahlkampf bestimmte, zeigte sich noch am Wahltag. In einem Interview mit Fox News kündigte Trump an, die USA würden ihre jährliche Militärhilfe für Israel von rund vier Milliarden Dollar zum Jahresende einstellen. Regierungschef Benjamin Netanjahu sei damit einverstanden, helfen werde man Israel weiterhin, wenn es nötig sei. Die Hilfen nannte Trump ein schlechtes Wahlkampfthema, das Demokraten wie der Senatskandidat Abdul El-Sayed in Michigan gegen die Republikaner verwendet hätten. Wie der Stopp ablaufen soll, ließ er offen. Die geltende Vereinbarung über 3,8 Milliarden Dollar im Jahr läuft bis 2028, die Mittel muss der Kongress jedes Jahr bewilligen.

Eine wachsende Zahl demokratischer Kandidaten hatte im Wahlkampf gefordert, die Militärhilfe zu kürzen oder zu stoppen. Konsens ist das in der Partei nicht, viele Demokraten stehen weiter zum Bündnis mit Israel.

Was der Kongress gegen den Iran-Krieg tun kann

Nach der Verfassung entscheidet der Kongress über Krieg und Frieden, zudem kontrolliert er den Haushalt. Die republikanischen Mehrheiten haben Trump bislang weitgehend freie Hand gelassen. Ab Januar können die Demokraten über die Finanzierung des Krieges Druck machen und in Anhörungen Zeugen vorladen. Gegen

ein Veto des Präsidenten bräuchten sie allerdings in beiden Kammern eine Zweidrittelmehrheit, die sie nicht haben. Er habe die totale Vetomacht, sagte Trump in der Wahlnacht, die Demokraten müssten auf ihn zukommen.

Müller-Kaler warnt vor zu hohen Erwartungen. Der Präsident habe vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik erhebliche Spielräume. Werde er innenpolitisch blockiert, könnte er sich umso stärker auf die Außenpolitik konzentrieren. Ein Präsident ohne Aussicht auf Wiederwahl werde womöglich noch unberechenbarer.

„Europa sollte deshalb nicht der Illusion erliegen, dass eine demokratische Mehrheit im Kongress automatisch eine Rückkehr zur alten transatlantischen Normalität bedeutet."

Am Tag vor der Wahl zeigte sich Vizepräsident Vance zuversichtlich, eine Verhandlungslösung mit Teheran zu erreichen. Wenige Stunden später griffen US-Streitkräfte Ziele auf der iranischen Insel Qeschm in der Straße von Hormus an, nach Angaben von US-Vertretern begrenzte Schläge zur Selbstverteidigung. Welchen Weg Trump nach der Wahl einschlägt, ist offen.

Haiti: Unheilvolle Allianz, Tageszeitung junge Welt, 04.11.2026

Haiti: El Salvador schickt mit Washingtons Segen Truppen in das von Gewalt geprägte Land. Söldner des Militärunternehmers Prince sind schon dort

El Salvadors ultrarechter Staatschef Nayib Bukele schickt seit über einer Woche Tausende Soldaten nach Haiti. Nach seiner Darstellung sollen die Militärs vier seit Oktober als vermisst geltende salvadorianische Mitglieder der multinationalen »Gang Suppression Force« (GSF) befreien – einer von der UNO legitimierten Truppe, die bewaffnete Gangs in Port-au-Prince zurückdrängen soll. Tatsächlich sind »ihre Mission und ihr Mandat« laut CNN jedoch »unklar«. Die Wochenzeitung Haïti Liberté hält die angebliche Rettungsmission für einen Vorwand. Örtliche Medien hatten berichtet, dass die

Salvadorianer bei einem Angriff auf ihr gepanzertes Fahrzeug verbrannt waren. Da Bukele jedoch ihren Tod in Frage stellt, fürchten Kritiker, dass er mit einer Eskalation in Haiti vor allem seine »Antibandentaktik« der »eisernen Hand« auf die Region ausdehnen will.

Rund 2.000 salvadorianische Soldaten befinden sich bereits in dem Karibikstaat. Bis zu 2.500 sollen es werden, wie zwei »mit der Angelegenheit vertraute Quellen« gegenüber Reuters angaben. Da aber weder die Befehlsstruktur der Truppen noch die Einsatzregeln geklärt sind, wächst die Sorge vor erhöhten Risiken für die Bevölkerung Haitis, das auf eine lange Geschichte schädlicher ausländischer Interventionen zurückblickt. Die als Marionettenregime geltende Regierung Haitis hat dem Vorschub geleistet, indem sie der Entsendung vor einer Woche im Rahmen eines bilateralen Abkommens zustimmte. Dessen Inhalt wurde jedoch nicht veröffentlicht. Und obwohl Washington die Mission zunächst nicht offiziell unterstützte, hätten C-130-Flugzeuge des Pentagons bei deren Entsendung geholfen, erklärte ein Vertreter des US-Militärs gegenüber Reuters. Auch Kolumbiens Rechtsregierung habe Bukele unterstützt.

US-Präsident Donald Trump bestätigte am Sonnabend auf seiner Halloweenparty in Mar-a-Lago gegenüber Reportern, dass er seinem salvadorianischen Amtskollegen grünes Licht für die Entsendung der Soldaten gegeben und ihm gesagt habe, er solle in Haiti »tun, was er tun muss«. Zuvor hatte das US-Portal Axios berichtet, dass sich Bukele vorab die Zustimmung für den militärischen Einsatz von Trump in einem Telefonat eingeholt habe. Damit sei Bukeles »Rambo-Moment« abgesegnet worden, kommentierte Haïti Liberté. In einem in haitianischem Kreolisch verfassten Text wandte sich der salvadorianische Staatschef an »die Anführer und Mitglieder der Gangs« und drohte: »Wir haben mit den Banden in El Salvador aufgeräumt, und wir können auch euch fertigmachen."

Experten warnen indes vor den Gefahren, die »durch zusätzliche Akteure auf einem überfüllten städtischen Schlachtfeld« entstehen. »Die Lage ist instabil und könnte noch gewalttätiger werden, wobei unschuldige Menschen zu Schaden kommen könnten«, sagte Bill O'Neill, UN-Menschenrechtsexperte für Haiti, dem US-Sender CNN. Romain LeCoeur von der Global Initiative against Transnational Organized Crime schloss sich der Sorge an. »Haitis

Sicherheitsmaßnahmen beruhen nicht mehr auf einer einzigen Strategie, sondern auf einem Nebeneinander von multilateralen, nationalen und privaten Akteuren, von denen jeder nach seinen eigenen Regeln handelt«, erklärte er. Die Einwohner stünden einer weiteren ausländischen Intervention skeptisch gegenüber und hätten bereits von zivilen Opfern berichtet, fügte er hinzu.

Laut Haïti Liberté waren am Sonnabend zahlreiche Bewohner mehrerer Armenviertel in Port-au-Prince durch Sprengdrohnen getötet und verletzt worden. Da die GSF den Angriff auf die Zivilisten verneine, »müssen es entweder die salvadorianischen Truppen unter dem Kommando ihres Präsidenten Nayib Bukele gewesen sein oder die überwiegend aus Salvadorianern bestehenden Mitglieder der Söldnertruppe Vectus Global« (früher Blackwater) von Erik Prince, folgerte die Zeitung. Das private Militärunternehmen ist seit März 2025 in Haiti aktiv und plant nach Angaben ihres Gründers, zehn Jahre dort zu bleiben. Axios mutmaßte daher, dass das ärmste Land des amerikanischen Kontinents zum »Testfeld« für Bukele und Prince als öffentlich-private Stellvertreter für den Einfluss der USA in der Hemisphäre fungieren könnte.

Nach den tödlichen Angriffen vom Wochenende bat Wilson Joseph, Anführer der zu den größten Gangs gehörenden Gruppe »400 Mawozo«, in einem Schreiben an UN-Generalsekretär António Guterres um die Vermittlung der Vereinten Nationen in einem Dialogprozess mit den im Land stationierten internationalen Streitkräften. In dem von lokalen Medien veröffentlichten Text warnte der Bandenführer, dass die Offensive Bukeles ein Massaker auslösen und das Leid der Bevölkerung verschlimmern könne.

Nach Wahldebakel

Vance rechnet mit Trumps Iran-Krieg ab – US-Präsident reagiert schmallippig

Aktualisiert am 05.11.2026

Vance rechnet mit Trumps Iran-Krieg ab – US-Präsident reagiert prompt - Video | WEB.DE

Iran 4 11 26

transition-news.org 4.11.2026

Israel hat absichtlich Videos von Mossad-Agenten im Iran veröffentlicht, um Massenverhaftungen zu provozieren

Laut Ex-Mossad-Chef David Barnea hat der Geheimdienst die Aufnahmen während des 12-Tage-Kriegs veröffentlicht, um die iranischen Behörden zu überfordern und es ihnen schwer zu machen, Agenten von normalen Bürgern zu unterscheiden. 21.000 Menschen wurden festgenommen und viele hingerichtet.

Der ehemalige Chef des israelischen Auslandsgeheimdienstes Mossad, David Barnea, erklärte, Israel habe während des Krieges im Juni 2025 absichtlich Videos seiner verdeckten Operation im Iran veröffentlicht. Wie *Middle East Eyes* berichtet, sollten damit Massenverhaftungen provoziert werden. Am 25. Oktober veröffentlichte die *Jerusalem Post* folgende Äußerung Barneas:

«Einer der Gründe, warum wir am Morgen der Operation ‚Rising Lion' sofort ein offizielles Video mit dem Mossad-Logo veröffentlicht haben, war der Schutz der dort eingesetzten Agenten.»

Der Ex-Mossad-Chef erklärte, die Veröffentlichung des Filmmaterials über israelische Operationen im Iran sei nicht nur ein Versuch gewesen, die Reichweite des Mossad zu demonstrieren, sondern auch eine Strategie, um die iranische Spionageabwehr zu überfordern. Massenverhaftungen würden es schwieriger machen, Agenten von normalen Bürgern zu unterscheiden.

«Wir wollten sicherstellen, dass sie im Iran so viele Menschen verhaften, dass sie nicht mehr in der Lage wären, die Spreu vom Weizen zu trennen, und schließlich alle wieder freilassen würden», so Barnea.

Barnea zufolge haben die iranischen Behörden während der Operation 21.000 Menschen festgenommen. Er erläuterte:

«Man muss sich vorstellen: Wenn man 21.000 Menschen festnimmt, muss man sie letztendlich wieder freilassen – selbst wenn man ein oder zwei Agenten erwischt hat –, denn alle werden dieselbe Geschichte erzählen: Ich bin die Straße entlanggegangen, ich bin Auto gefahren, und dann haben sie mich festgenommen.»

Barnea fügte hinzu, dass viele Menschen, die unter dem Vorwurf, für Israel zu arbeiten, festgenommen oder hingerichtet wurden, keinerlei Verbindung zum Mossad hatten. Man wisse allerdings nicht, wer diese Menschen sind. Er beschrieb einige der Hingerichteten laut dem Bericht als «einfach nur unglückliche Menschen, die sie für unsere Agenten hielten, die aber nie für den Mossad gearbeitet haben und wahrscheinlich auch nie für irgendeinen anderen Geheimdienst».

Die Äußerungen, die am 22. Oktober auf dem Priority Summit vor einem privaten Publikum gemacht wurden, haben eine scharfe Reaktion von Trita Parsi, geschäftsführendem Vizepräsident des Quincy Institute for Responsible Statecraft, ausgelöst. Er bezeichnete dies als Eingeständnis, dass Israel «gewöhnliche Iraner als Werkzeuge benutzt habe, um Mossad-Agenten» im Land zu schützen. Auf X schrieb Parsi:

«Selten wird man ein krasseres Eingeständnis finden, wie Israel absichtlich und rücksichtslos Tausende von Menschen, die es angeblich befreien wollte, in Gefahr gebracht hat.»

Massenverhaftungen

Über den Hintergrund erinnert *Middle East Eye* daran, dass Israel am 13. Juni 2025 die Operation «Rising Lion» startete, in deren Verlauf es den Iran bombardierte und hochrangige Militärkommandanten sowie Wissenschaftler tötete. Nachdem der Iran mit Raketenangriffen auf Israel reagiert hatte, endete der 12-tägige Krieg mit einem Waffenstillstand.

Am ersten Morgen der Angriffe veröffentlichte der Mossad Videos, die angeblich seine Agenten bei Einsätzen im Iran zeigten. Das Filmmaterial zeigte Angriffe auf Ziele im Bereich ballistischer Raketen und Luftabwehr, wobei die Gesichter der Beteiligten unkenntlich gemacht waren.

Die iranische Polizei gab im August 2025 bekannt, dass sie während des 12-tägigen Konflikts etwa 21.000 Menschen festgenommen habe. Polizeisprecher Saeed Montazer al-Mahdi erklärte, die Festnahmen seien auf Hinweise aus der Bevölkerung und verstärkte Sicherheitsmaßnahmen zurückzuführen. Mehr als 260 Verdächtige seien wegen des Verdachts auf Spionage und 172 Personen wegen illegaler Filmaufnahmen festgenommen worden, hieß es in der Erklärung der Polizei.

Barneas Äußerungen erfolgen laut *Middle East Eye* vor dem Hintergrund der Besorgnis darüber, dass der Iran Spionagevorwürfe nutzt, um Menschen im Anschluss an den Konflikt strafrechtlich zu verfolgen.

Amnesty International und Human Rights Watch erklärten im September 2025, dass die iranischen Behörden nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten mit Israel mehr als 20.000 Menschen festgenommen hätten. Zu den Betroffenen gehörten Journalisten, Menschenrechtsaktivisten, Nutzer sozialer Medien, Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten sowie Ausländer.

Die iranischen Behörden erklärten, sie reagierten auf echte Bedrohungen durch den israelischen Geheimdienst und Kollaborateure im eigenen Land. Teheran hat den Mossad wiederholt beschuldigt, Personen zu rekrutieren, um Informationen zu sammeln, Sabotageakte durchzuführen und militärische Angriffe zu unterstützen.

Quelle:

Middle East Eye: Israel intentionally released footage of Mossad operatives in Iran to provoke mass arrests, ex-chief says - 1. November 2026

The Jerusalem Post: Ex-Mossad chief Barnea intended for Iran to see Israel's operations to overwhelm IRGC - 25. Oktober 2026

Militärpolitisches 4 11 26

JB→DWN (Deutsche Wirtschaftsnachrichten) berichtet:

Liebe Leserinnen und Leser,

die Schweden haben erstmals bestätigt, bereits Taurus-Marschflugkörper erhalten zu haben. Die Waffe kann Ziele in mehr als 500 Kilometern Entfernung treffen und soll auch stark geschützte Bunker durchdringen. Wie Stockholm seine Reichweite verdoppelt und bereits die Zukunft mit Taurus Neo plant.

JB→das vorgeblich ausschließlich auf Verteidigung orientierte aggressive Militärbündnis NATO brüstet sich weitreichende bunkerbrechende Angriffwaffen nahe der russischen Grenze zu stationieren. So sieht „kriegstüchtige" Friedenspolitik der NATO aus!

NahOst 4 11 26

Britischer Ex-Oberst wirft London Beteiligung an Völkermord vor

Am Samstag haben Demonstranten vor der US-Botschaft in London gegen das Verbot der Gruppe "Palestine Action" protestiert. Der Protest richtete sich auch gegen die Nahost-Politik Israels. "Palestine Action" ist in Großbritannien seit dem 5. Juli 2025 verboten. Eine Mitgliedschaft sowie bestimmte Formen der Unterstützung sind strafbar. Die Polizei nahm 325 Menschen fest, davon 320 wegen des Verdachts, Unterstützung für eine verbotene Organisation bekundet zu haben. Auf zahlreichen Schildern bekundeten Teilnehmer ihre Unterstützung für die verbotene Organisation.
Unter den Demonstranten befand sich der pensionierte britische Armeeoffizier Christopher Romberg, der berichtete, sein Vater sei aus dem Österreich der Nazizeit geflohen und habe den Holocaust überlebt. Romberg verurteilte die Beteiligung Großbritanniens am Konflikt im Gazastreifen.
Siehe im Video: https://odysee.com/@RTDE:e/Britischer-Ex-Oberst-wirft-London-Beteiligung-an-V%C3%B6lkermord-vor:7

forumgeopolitica.com/de 3.11.2026
Israel – eine genozidale Demokratie
von Peter Hänseler

Viel wird geschrieben über den Ausgang der israelischen Parlamentswahlen. Ein Ergebnis müsste alle erschüttern – tut es aber nicht: Das Wahlvolk Israels stimmt für den Genozid - demokratisch.

Einleitung

Die Parlamentswahlen in Israel wurden zum Überlebenskampf Netanjahus hochstilisiert. Der hochkorrupte Führer der Zionisten ist nicht nur ein genozidaler Psychopath, sondern bedient sich bei den reichen Zionisten auf der ganzen Welt; er ist korrupt bis auf die Knochen. Das ist keine Behauptung, sondern gerichtsnotorisch. Netanjahu steht in Israel seit 2020 wegen drei Korruptionskomplexen vor Gericht. Die Anklage lautet je nach Fall

auf Betrug, Untreue/Vertrauensbruch und Bestechlichkeit. Netanjahu wird den Rest des Lebens im Gefängnis verbringen, falls sein Amt ihm keine Immunität mehr gewährt.

Netanjahu ist sich der Gefahr wohl bewusst. Vor einigen Tagen versuchte er einmal mehr, die Amerikaner davon zu überzeugen, den Iran erneut – vor den Wahlen – anzugreifen. Trump lehnte ab. Offensichtlich sah er eine Katastrophe am Horizont, falls er mit den Israelis das dritte Mal angreifen würde. Netanjahus Vorgehen zeigt aber auch, dass er sein persönliches Schicksal über das Interesse seines Landes stellt. Diese Haltung von Politikern scheint im gesamten Kollektiven Westen zum Standard zu werden. Bundeskanzler Merz, dessen Zustimmungsrate bei ca. 10% dahinvegetiert, scheint die Haltung des eigenen Volkes nicht zu kümmern – er stellt die Bedrohung Russlands über die Interessen der Wirtschaft: Wir gehen zwar unter, aber wir sind gegen Russland. Netanjahus und Merz verbindet die Einstellung, dass westliche Demokratien lediglich ein Mittel zum Zweck sind und gegebenenfalls auch von Diktatoren geführt werden können. Und beide Politiker sind diesbezüglich hier allenfalls die Spitze des Eisbergs.

Bezüglich eines Themas jedoch ist sich die grosse Mehrheit der Israelis einig: Das palästinensische Volk einem genozidalen Ende zuzuführen.

Die Kandidaten sind alle Pro-Genozid

Alle Kandidaten von Gewicht – Gadi Eisenkot, Naftali Bennet und Benjamin Netanjahu – sind sich bezüglich des Vorgehens gegen Gaza einig: Hartes Vorgehen. Alle drei vertreten nicht etwa die Meinung, dass Israel in Gaza, der Westbank und Libanon Genozid staatlich organisierten Völkermord begeht; dieser Linie folgt etwa auch die schweizerische Weltwoche.

Die Verneinung des Genozids führt automatisch zu dessen Weiterführung, da das Vorgehen der Israelis somit weder von Israel noch dem gesamten Kollektiven Westen in Frage gestellt wird. Mit Ausnahme der arabischen Parteien vertraten alle zur Wahl stehenden politischen Gruppierungen Pro-Genozid-Positionen. Das israelische Volk hat somit einem Parteienspektrum seine Stimme gegeben, das in einer überwältigenden Mehrheit für den Genozid

steht. 101 der 120 Abgeordneten in der neu gewählten Knesset stehen dafür.

In Deutschland gilt die bedingungslose Unterstützung Israels als deutsche Staatsräson. Den deutschen Pass erhalten Immigranten in Deutschland nur, wenn sie in einem Staatsbürgerschaftstest Fragen beantworten, mit deren Antworten sie sich die künftigen Deutschen unzweifelhaft zum Staat Israel bekennen.

Fazit

Noch nie in der Geschichte der Menschheit wurde ein Genozid derart offen und völlig enthemmt begangen - vor den Augen aller, die sehen wollen, was Israel dem Volk von Palästina antut.

Die Nazis mordeten durch Einsatzkommandos und Vernichtungslager, welche weit weg von den Augen der Öffentlichkeit unter anderem im Osten von Polen angesiedelt wurden. Es war ein geheimes Unterfangen, da sich die Nazi-Spitze darüber im Klaren waren, dass sie diese Ungeheuerlichkeit ihrem eigenen Volk nie verkaufen könnte. Die Ermordung eines grossen Teils der Gesamtbevölkerung war ein Gerücht, das sich für die meisten Deutschen erst nach dem Krieg als wahr entpuppte. Die Schuldgefühle des deutschen Volkes seit dem Ende des zweiten Weltkriegs vor 80 Jahren sind legendär und offensichtlich ohne nachhaltige Wirkung.

Obwohl sich der gegenwärtige Genozid in Gaza, der Westbank und im Libanon in aller Öffentlichkeit abspielen, steht niemand im Kollektiven Westen für die Opfer auf. Die Wenigen, die aufstehen, werden als Antisemiten abgetan: Sprich, wer gegen den Genozid ist, gilt als Antisemit. Und das in vorderster Front von den Nachfahren der Opfer des Holocaust höchstselbst in Tateinheit mit den Nachfahren der damaligen Täter. Die Haltung des offiziellen Deutschlands des Jahres 2026 und auch grosser Teile seiner Bevölkerung bezüglich des tagtäglichen Gemetzels im Nahen Osten ist weder zu erklären, zu begreifen noch irgendwie zu rechtfertigen.

Bei einer überdurchschnittlichen Wahlbeteiligung von 77,9 Prozent - ein Anstieg von 7,3 Prozent im Vergleich zu den letzten Wahlen - hat das israelische Volk mit seiner Wahl gezeigt, dass es zu rund 84% die Ausrottung eines anderen Volkes durch das eigene Militär

befürwortet.

In was für einer Welt leben wir? – Darf man die Existenz eines Landes hinterfragen und im Zweifel in Frage stellen, wenn 84 von 100 Bürgern seiner Bevölkerung den Tod Dritter nicht nur billigend in Kauf nehmen, sondern demonstrativ, demokratisch per Wahl deren Vernichtung einfordern?

Nicht nur die Politiker haben sich im Kollektiven Westen ein gesellschaftspolitisches Grab geschaufelt, sondern auch die Intellektuellen und jene, die ihrer Aufgabe als Vierte Gewalt nicht nachkommen. Der Schutz der Menschenwürde ist abgeschafft. Die Schutzklausel, die sich die Deutschen nach dem Holocaust in ihrem Grundgesetz mit jedem Recht an die erste Stelle gesetzt hatten – Paragraph 1 Absatz 1, «Die Würde des Menschen ist unantastbar», gilt nicht mehr. Die gesamte Aufklärung, die Wiege der westlichen Zivilisation, gilt nicht mehr. Kant ist tot. In Israel. In Deutschland. Und anderswo.

Siehe dazu mein Vortrag vom September 2026 «Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – wirklich?»

OKV Friedenspolitisches 4 11 26



Friedensgesellschaft und
Musik statt Krieg e.V.
Tino Eisbrenner

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde,
mit unseren Denkfesten der Aktiven haben wir uns vorgenommen uns zu bestärken, zu motivieren, zusammzuführenen und Mut zu geben. An den Gründen unseres Treffens, nämlich Waffenhandel, Geschichtsfälschung, Krieg, politische Verdummung, Ausgrenzung zu bekämpfen und damit die Notwendigkeit unseren Einsatz für Diplomatie, Völkerfreundschaft, Solidarität und Frieden zu verstärken hat sich nichts geändert. Der Weg, auf den wir uns begeben haben, hin zu Humanismus, Solidarität, Frieden und Vernunft, ist lang. Wie wohltuend kraftspendend es ist, Menschen zu treffen, die ähnlich denken oder einfach in offenen Gesprächen nach der Wahrheit und Friedenslösungen suchen, haben wir alle schon erfahren. Allerdings oft auch zufällig! Also, kommt an den Tisch unter Kiefernbäumen ... lasst uns die Tradition dieses Festes fortführen, bei dem wir, die aktiv Suchenden, uns ein Wochenende lang kennenlernen, Kunst erleben, Gespräche führen, uns neuen Mut geben und vernetzen. Und das schon sehr bald, nämlich

vom 27. - 29. November 2026

Tino Eisbrenner sowie ***Henry & Andrea Marek*** laden ein in den

Ferienpark Retgendorf
https://www.ferienpark-retgendorf.de

Zu unserem Programm für die drei Tage:
(Änderungen vorbehalten)

FREITAG

18:00 **Ramon Schack:** Jahrgang '71, Studium Politische Wissen-schaft und Osteuropastudien. Seit 2003 freier Journalist.
Sachsen-Anhalt, Berlin und MV, haben gewählt. Und doch heißt es: weiter so!?
Vortrag und Diskussion

Anschließend: Abendessen

20:30 **Tino Eisbrenner:**
‚Deutschland, ein Wintermärchen'
musikalisch-literarischer Abend rund um Heinrich Heine's satirisches Versepos

Anschließend: **Talk am Friedensfeuer**

Am wärmenden Lagerfeuer werden wir uns bei einem guten Roten kennen lernen, austauschen, in Erinnerung schwelgen und Pläne schmieden.

SONNABEND

10:00 **Patrik Baab** Journalist und Autor, bekannt für seine medienkritische und freie Berichterstattung auf Grundlage gewissenhafter und unabhängiger Recherche
‚Tagebuch meines Todes' *Lesung, anschl. Diskussion*

11:30 **Patrik Baab** (Journalist), **Tino Eisbrenner** (Songpoet) **und Jens Fischer Rodrian** (Musiker, Komponist, Musikproduzent und Dichter)
Kultur und Journalismus im Zeitalter der Zensur
Podiumsdiskussion

ca. 13:00 Mittagspause

14:00 **Andreas Peglau** *Dr. Andreas Peglau: Psychologe, Psychotherapeut, Psychoanalytiker*
'Wir sind keine geborenen Krieger'
Vortrag und Diskussion

15:30 **Junge Leute und Aktíonsbündnisse stellen sich vor**
Eingeladen sind: SDAJ, Linksjugend, DGB- Jugend,BSW-Jugend

17:00 ***Projekte, Zusammenarbeit, Bündnisse: open Micro***

18:00 **Caroline Raasch** *Astrologin und Heilpraktikerin*
'Wie aus Gott Google wurde'
Lesung, anschl. Diskussion

ca. 19:30 Abendessen

20:30 ***live in Concert:***
Alejandro Soto Lacoste – Trio
„El derecho de vivir en paz" lautet:
„Das Recht, in Frieden zu leben"
Das Alejandro Soto Lacoste - Trio wird vom chilenischen Multiinstrumentalisten und Komponisten Alejandro Soto Lacoste geleitet, der seit 2005 in Deutschland lebt. Das Trio besteht außerdem aus Ernesto Villalobos (Flöten, Gitarre), und Greco Acuña (Schlagzeug).

SONNTAG

Frühstück für unsere Übernachtungsgäste

9:00 ***‚Kommunist'*** *Film* von **Lutz Pehnert (Regie) u. Susann Schimk (Produzentin)**
Gäste: ***Egon Krenz*** *(letzter DDR- Staatschef) und* ***Solveig Leo*** *(ehem. LPG-Vorsitzende u. Bürgermeisterin)*

11:00 ***Geht ein Gespenst um, in Europa?***
Diskussion mit **Florian Warweg** und Gästen:
Solveig Leo
Egon Krenz
Patrik Köbele *(DKP- Bundesvorsitzender)*

11:30 ***Bündnisnotwendigkeit, Bündnisbereitschaft! Sind Linke bündnisunfähig?***
Diskussion u.a. mit:
Florian Warweg *(Journalist)*
Patrik Köbele *(DKP- Bundesvorsitzender)*
Dr. Claudia Wittig *(BSW Sachsen Anhalt)*
Torsten Koplin *(DIE LINKE MV)*

Anschließend: ***Solibasar, Auktion*** zu Gunsten sanktionierter Journalisten und Künstler:
alle bringen was (wertvolles) mit!

Schlussakkord mit Tino Eisbrenner und special guest

ca. 13:30 ***Mittagspause***

14:00 Uhr **Zugabe!**
‚Nordstream - die Sprengung‘ Film
Produzent: **Ronald Thoden**
Regie: **Moritz Enders** (anwesen d!)
und
Gunther Merz

gemeinsame Aufführung mit
- Friedensbündnis Schwerin
- Musik statt Krieg
- Osteuropa-Freundschaftsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern e.V.

- Bundesverband Deutscher West-Ost-Gesellschaften e.V. (BDWO)

Eintritt frei!

Abschließend werden wir dann neu motiviert voneinander Abschied nehmen. Wir werden nicht Tausende sein. Aber Menschen, die sich und ihre progressiven Gedanken sammeln und miteinander teilen. Menschen, die die Kunst des Miteinander leben und verbreiten wollen, die sich immer wieder begegnen und lernen wollen, sich selbst und gegenseitig zu stärken. Einig in dem Ziel: unsere Welt braucht **FRIEDEN!**

Freitagsticket: 25 € /Samstagsticket: 45 € /Sonntagsticket: 25 € Denkfest-Ticket (3Tage): 85 €

Verpflegung:
Frühstücksbüffet: im Hotel- und Gruppenzimmerpreis (Hostel) enthalten
im Ferienhaus zubuchbar **18 € Erw. (9 € Kd. 4 – 11J)**
Mittagsbüffet warm & kalt: 24 € (12 € Kd. 4 – 11J)
Abends Aufschnittbüffet und Warmanteil: 20 € (10 € Kd. 4 – 11J)

Übernachtung ***Hostel*** **54 € pro Person im 4-Bettzimmer** inkl. Wäsche u. Frühstück

Hotel **70 € pro Person im Doppelzimmer** inkl. Wäsche u. Frühstück
84 € pro Person im Einzelzimmer inkl. Wäsche u. Frühstück

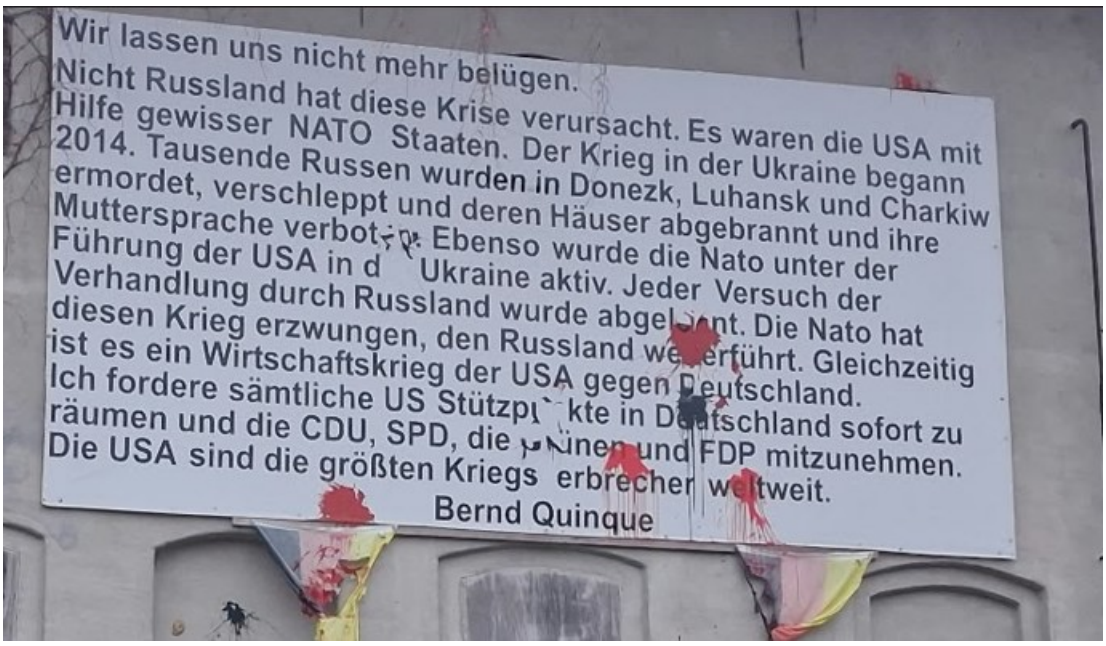
→→→→→→→→ ***Ferienhaus für 4 o. 6 Personen*** auf Anfrage zum gleichen Preis!
inkl. Wäsche u. Frühstück

Bitte buchen über die Rezeption des Ferienpark Retgendorf:

Tel.: 03866 46030 oder: info@ferienpark-retgendorf.de



JB→in französisch Buchholz Berlin-Französisch Buchholz – Wikipedia :



Rezension zu
Kunst der Zersetzung- Manipulationstechniken der Nachrichtendienste
Wolfgang Schmidt
Edition Ost; 2026

Der 1939 in Plauen geborene ehemalige leitende Offizier des MfS schildert mutig, glaubhaft seine Entwicklung in der Zeit von 1959-1990 in den Sicherheitsorganen der DDR, seine Qualifizierung zum Diplomkriminalisten, seine Arbeit als Analytiker in dem Fachbereich, in dem es auf die Abwehr der Angriffe imperialistischer Geheimdienste gegen die sozialistische DDR ankam. Das betraf die psychologische Kriegsführung, die politisch-ideologische Diversion und die politische Untergrundtätigkeit, mit der die Konterrevolution von 1989 vorbereitet wurde.

Er beschreibt, wie konkret das MfS vorgegangen ist und entlarvt die Manipulationstechniken der westlichen Nachrichtendienste. Sein Buch würdigt die progressive Entwicklung der DDR, geht auf die vielfältigen Probleme und die Ursachen und Faktoren ein, die zum Untergang des Friedens- und Sozialstaates DDR führten.

Der Autor nennt die Namen von Personen, die in der DDR positive Spuren hinterlassen haben, unter anderem Markus und Konrad Wolf, Erich Mielke und Walter Ulbricht, Erich Honecker, Egon Krenz, Hans Modrow, Fritz Streletz, Sigmund Jähn…

Er distanziert sich u. a. von Wolf Biermann, Günter Schabowski, Rainer Eppelmann, Joachim Gauck, den Verrätern aus dem MfS, die zu V-Leuten westlicher Geheimdienste wurden, sowie von einigen Schauspielern, Künstlern, Schriftstellern, Intellektuellen, die die DDR/SEN genörgelten und in den Westen überliefen.

Die antikommunistische Staatsdoktrin der BRD und die Kriegspolitik von CDU/CSU, SPD, Grünen verurteilt er klar.
Die Unterwanderung der kommunistischen, sozialistischen Parteien und Gruppen benennt er an konkreten Beispielen.
Zum Schluss schildert er am persönlichen Beispiel, wie er arbeitslos wurde und Millionen DDR-Bürger durch das BRD-System beraubt, diskriminiert und beleidigt wurden.

Horst Jäkel
Potsdam, 28.10.2026

Polen 4 11 26

Das riecht nach Tribunal: Polen wird zur Bananenrepublik

Der Streit um das Verfassungsgericht macht die Staatskrise in Polen deutlich. Schon vor der Besetzung des Gerichts waren die rechten Parteien im Aufwind, konnten sich aber untereinander nicht einigen. Donald Tusks Auftreten als "Elefant im Porzellanladen" hat sie jetzt zusammengebracht.

Von Wladimir Kornilow

Polen sinkt auf das Niveau einer Bananenrepublik herab, wo "derjenige mit der stärksten Bande beliebige Institutionen übernehmen und entscheiden kann, wer sie anführt". Das sind die Worte von Krzysztof Bosak, einem der Anführer der Oppositionspartei "Konfederacja" (zu Deutsch: "Konförderation") – und sie geben die Ereignisse der letzten Tage in Warschau ziemlich treffend wieder. Im Großen und Ganzen beobachten wir genau das: Eine der Staatsgewalten hat in der Konfrontation mit einer anderen beschlossen zu demonstrieren, dass sie mehr Sicherheitskräfte kontrolliert, mit deren Hilfe sie eine Institution einfach "besetzen" kann.

Inzwischen wird allmählich klar, wie genau die Übernahme des Verfassungsgerichts durch die Regierung Donald Tusks vorbereitet wurde. Offenbar wurde diese Operation (einige Medien berichten sogar darüber, dass sie den Codenamen "KORT" trug) äußerst gründlich geplant. Die Sicherheitskräfte erhielten wenige Stunden vor ihrem Beginn Anweisungen zur Besetzung und Sicherung des Gerichtsgebäudes, das sich unmittelbar im Hof der Kanzlei des Premierministers befindet: Tusk hat also buchstäblich einen Umsturz in seinem eigenen Hinterhof inszeniert.

Zeitlich war alles genau auf den Moment abgestimmt, in dem der polnische Präsident Karol Nawrocki das Land verlassen hatte, um nach Senegal zu reisen – und das auch noch kurz vor Beginn eines großen katholischen Feiertages – Allerheiligen –, der im ganzen Land begangen wird. Am Ende musste Nawrocki sein Flugzeug über Gibraltar eilig wenden lassen und zurückfliegen, um die Absperrungen der Polizei und einiger meuternder Richter des Verfassungsgerichts zu durchbrechen. Klingt in der Tat ganz nach

einer Bananenrepublik.

Doch was geschieht jetzt, da die Bürger der PBR (Polnische Bananenrepublik) nach einem derart turbulenten Wochenende wieder zur Arbeit gehen?

Wie die selbst ernannte Anführerin des Gerichts, Anna Korwin-Piotrowska, am Sonntagabend mitteilte, will sie eine Verfügung erlassen, mit der die "regierungsnahen" Richter für den 3. November zusammengerufen werden. Dort will sie ein Disziplinarverfahren gegen den von ihr abgesetzten "oppositionellen" Vorsitzenden und dessen Stellvertreter einleiten. Im Rahmen der effektvollen Aufführung, die Korwin-Piotrowska beim Sender *tvn24* hinlegte, erklärte die Richterin, die das Gericht an sich gerissen hat, dass sie selbst zusammen mit ihren Mitstreitern (deren Befugnisse die Opposition nicht anerkennt) das Quorum festlegen würde.

Die Verwunderung des Rechtswissenschaftlers Piotr Kuszneruk darüber ist sehr groß:

"Das ist kein Verfassungsgericht, sondern die Versammlung einer Wohnungsgenossenschaft, in der niemand die Regeln gelesen hat, aber alle das Sagen haben wollen. Artikel 8 des Gesetzes verlangt ein Quorum von zwei Dritteln der Mitglieder, also zehn Richtern. Derweil wird hier eine neue Mathematik erfunden: Acht stimmen dafür ab, dass sie jetzt zehn sind."

Nun, auch das erinnert an die Zustände einer Bananenrepublik!

Nawrocki und die Leitung des Verfassungsgerichts erkennen das Vorgehen der "Usurpatoren" nicht an. Die Pressestelle des Präsidenten hat bereits erklärt, dass bei der Staatsanwaltschaft Anzeigen gegen Korwin-Piotrowska und ihre Richterkomplizen eingereicht wurden. Zugleich hieß es, dass die Aufnahmen, auf denen die "Putschisten" versuchten, dem Staatsoberhaupt den Zugang zum Gebäude des Gerichts zu verwehren, "gleichermaßen eine fertige Anklage gegen Premierminister Donald Tusk" seien.

Die Richter, die den Umsturz nicht anerkannt haben, können sich durchaus in anderen Räumlichkeiten versammeln (das Gesetz lässt das zu). Dann bekäme Polen gleich zwei Verfassungsgerichte mit

ungefähr gleich zweifelhafter Legitimität, die genau entgegengesetzte Entscheidungen abstempeln und den bananenrepublikanischen Status des Landes endgültig zementieren würden.

Auch der Präsident hat in diesen Tagen keine Zeit verloren und dringende Beratungsgespräche mit den Vorsitzenden der Parlamentsfraktionen geführt. Das Bemerkenswerteste daran: Zum Gespräch mit ihm kamen nicht nur Vertreter der Opposition, sondern auch die Vorsitzenden zweier Parteien der Regierungskoalition, darunter der amtierende Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz. Erwähnenswert ist, dass Tusks Koalitionspartner nicht gerade darauf brennen, sich Hals über Kopf in dieses Abenteuer zu stürzen und ihn bei der Besetzung des Gerichts zu unterstützen.

Und höchstwahrscheinlich ist die Haftstrafe, mit der die Opposition den "Putschisten" droht, dabei nicht einmal das Problem. In Polen beginnt gerade der Wahlzyklus – die Wahlen müssen dort bis November nächsten Jahres stattfinden. Die kleinen Parteien, die Tusk unterstützen, begreifen, dass sie Opfer seiner Aventüre werden könnten. Und sollte es Nawrocki jetzt gelingen, sie aus der Regierungskoalition herauszubrechen, könnte die Regierung fallen, und Polen stünden vorgezogene Neuwahlen bevor.

Schon vor der Krise um das Gericht machten die zusammengerechneten Umfragewerte der drei rechten Parteien Polens ihnen Hoffnungen auf Erfolg. Das Problem bestand in den grundsätzlichen Differenzen zwischen den Führungen der PiS und der beiden "Konfederacja"-Parteien. Jetzt haben sie sich erstmals bei den Manifestationen vor den Mauern des Verfassungsgerichts zusammengetan, was noch vor kurzem schwer vorstellbar war. Mit seinem Auftreten als Elefant im Porzellanladen hat Tusk die Opposition also im Grunde geeint, und viele Beobachter merken nun an, dass dies den Rechten erlauben wird, ihre Umfragewerte vor der Wahl anzukurbeln.

Zudem hat die offenkundige Einmischung der Europäer in diesen rein polnischen Konflikt den Unmut der Polen hervorgerufen. Die Sprecherin der Europäischen Kommission, Luisa Bogi, gab unmissverständlich zu verstehen, dass Brüssel das Vorgehen Tusks unterstützt (zur Erinnerung: Der polnische Premierminister war

lange Präsident des Europäischen Rates und genießt deshalb das volle Vertrauen der Brüsseler Eurokraten). Darauf folgend erinnerten polnische Juristen Brüssel umgehend daran, dass man dort ganz sicher nicht befugt ist, die polnische Verfassung auszulegen.

Nicht weniger amüsant sind die Kommentare der europäischen Medien zu den Ereignissen in Warschau, die sich größtenteils ebenfalls hinter Tusks liberale Fraktion gestellt haben. Die *Welt* etwa veröffentlichte diese geradezu meisterhafte Äußerung:

"Tusks Problem besteht darin, dass er zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit geltendes Recht brechen muss."

Das kommt uns doch bekannt vor, nicht wahr? Genau dasselbe gaben die Europäer auch während der Maidan-Demonstrationen in Kiew von sich. Man könnte fast sagen, das Kiewer Virus sei inzwischen auch auf die Straßen Europas übergesprungen.

Der ehemalige polnische Premierminister Leszek Miller erinnerte in diesem Zusammenhang an Folgendes:

"Die Geschichte der polnischen Verfassungskrisen lehrt, dass es leicht ist, eine Grenze zu überschreiten, aber schwerer, sie danach wiederherzustellen. Heute soll der 'Zustand höchster Notwendigkeit' der 'Rettung des Gerichts' dienen. Morgen könnte jemand anderes beschließen, dass die höchste Notwendigkeit die Suspendierung eines anderen erfordert. Und ein Recht, das immer dann außer Kraft tritt, wenn 'etwas getan werden muss', hört auf, Recht zu sein."

Kurzum: Bricht die Revolution einmal aus, nimmt sie kein Ende mehr.

Eines ist in Polen allerdings unverändert geblieben: die obligatorischen Versuche, die eigenen Gegner als "Agenten des Kremls" zu diskreditieren. Der polnische Premierminister machte in seiner Ansprache an das Volk weniger Verweise auf die Verfassung und das Gesetz des Landes als Anspielungen darauf, dass die rechte Opposition angeblich von einer "Armee russischer Bots" und von "Ideologen des Kremls" unterstützt werde. Doch auch die Opposition stand ihm darin nicht nach: Einer ihrer Anführer,

Sławomir Mentzen, gab bei seinem Auftritt vor dem Gebäude des Verfassungstribunals zu verstehen, dass der Konflikt von Tusk in Zusammenarbeit mit eben jenem Kreml geschürt werde! "Stellt euch auf die Seite Polens, nicht Putins!", verkündete der Oppositionelle leidenschaftlich.

Kurzum: In Polen lenken wie immer die schrecklichen Russen das Geschick aller politischen Lager. Das muss man erst einmal können!

Politisches 4 11 26

The Most Under-Discussed Political Reality Of Our Time – Caitlin Johnstone

Die am wenigsten diskutierte politische Realität unserer Zeit 02.11.2026 - Caitlin Johnstone

Die bedeutendste politische Realität unserer Zeit ist zugleich die am wenigsten diskutierte politische Realität und lässt sich wie folgt zusammenfassen:
Wir sind weitaus zahlreicher als sie, und wir können einen revolutionären Wandel herbeiführen, wann immer wir wollen.
Das war's. Es gibt weitaus mehr einfache Menschen, die unter dem bestehenden System aus Kapitalismus, Imperialismus, Militarismus und Autoritarismus leiden, als solche, die davon profitieren, und wir können die Kraft unserer Zahl nutzen, um dieses System zu stürzen, wann immer wir uns dazu entschließen.

Es ist selbstverständlich und so einfach, dass man es in einem einzigen Satz zusammenfassen kann. Aber weil unsere Gesellschaft so tiefgreifend indoktriniert und gedankenkontrolliert ist, kommt es in den normalen Alltagsgesprächen, die Menschen über Politik und die Probleme führen, mit denen wir als Gesellschaft heute konfrontiert sind, einfach nicht zur Sprache.

Wir werden dazu ermutigt, Wahlen und Parteipolitik mit großem Eifer zu diskutieren. Wir werden mit einer größeren Reichweite auf großen, von Plutokraten kontrollierten Plattformen belohnt, wenn wir die Flammen spaltender Themen des Kulturkriegs oder der gängigen parteipolitischen Meinungsmache weiter anfachen.

Wofür wir aber absolut ***nie*** belohnt und ***nie*** zur Diskussion ermutigt werden, ist die Tatsache, dass die Oligarchen und Machthaber, die unsere Gesellschaft beherrschen, völlig machtlos wären, eine Volksrevolution von ausreichendem Ausmaß zu verhindern.

Wir könnten alle aufhören zu arbeiten und für Dinge zu bezahlen. Wir könnten alle Straßen, Eisenbahnlinien und die gesamte Infrastruktur blockieren. Wir könnten jede Bank, jede Polizeistation

und jedes Regierungsgebäude zerstören. Wir könnten buchstäblich alle Milliardäre aufessen.
Nur mal so, rein hypothetisch.
Wir könnten alles tun, was wir wollten. Niemand könnte uns daran hindern.

Die gesamte etablierte Mainstream-Politik, die Medien und das Bildungswesen sind darauf ausgerichtet, unsere Aufmerksamkeit von dieser politischen Realität abzulenken, während die Machthaber unaufhörlich darüber nachdenken. Sie lässt sie nicht los. Sie beherrscht sie. Sie raubt ihnen den Schlaf. Sie sind davon besessen.

Deshalb drängen sie auf die Einführung militarisierter Roboter, autonomer Drohnen und KI-gesteuerter Massenüberwachung. Deshalb drängen sie auf leicht kontrollierbare digitale Währungen und digitale Ausweise.

Deshalb arbeiten sie daran, die Kontrolle über Informationen wieder zu zentralisieren, um die durch das Internet hervorgerufene großflächige Dezentralisierung rückgängig zu machen.

Deshalb bombardieren sie uns seit Generationen mit Propaganda in den Massenmedien und entwickeln im Zeitalter von KI und Smartphones immer ausgefeiltere psychologische Operationen im großen Stil.

Deshalb werden wir aktiv in zwei etablierte politische Parteien hineingetrieben, die sich in einem permanenten Tauziehen verstrickt haben, um uns die Illusion zu vermitteln, dass wir uns an sinnvollen politischen Aktionen beteiligen.

Deshalb wird uns schon in der Schule beigebracht, zu glauben, dass wir in freien Demokratien leben, in denen die Menschen durch ihre Stimme das Handeln ihrer Regierung beeinflussen.
Das liegt daran, dass die Reichen und Mächtigen sich jederzeit der Tatsache bewusst sind, dass sich die Massen jeden Moment gegen sie wenden könnten, und deshalb in einem permanenten Zustand der Manipulation und Ablenkung gehalten werden müssen, um dies zu verhindern.

Keine Ahnung, Mann. Klingt für mich irgendwie nicht tragfähig. Vor allem, wenn man bedenkt, wie unzufrieden die Menschen werden, während das kapitalistische Imperium über seine eigenen Widersprüche stolpert und ihm die Argumente für seinen Fortbestand ausgehen.

Wir stehen in einem Käfig, der nicht einmal verschlossen ist. Die Tür ist nicht einmal geschlossen. Das Einzige, was uns hier hält, ist die Stimme des Gefängnisdirektors, die uns immer und immer wieder sagt: „ES GIBT KEINEN AUSWEG."

Eines Tages wird sich unser Blick auf diese Tür richten. Und wir werden durch sie hinausgehen. Und wir werden frei sein.

Quelle! *Übersetzung mit Hilfe von DeepL durch K&T*

Caitlin Johnstone *ist eine australische unabhängige Journalistin, Essayistin und Buchautorin, die in Melbourne lebt*

Politisches 4 11 26

https://overton-magazin.de/hintergrund/politik/die-herausforderungen-fuer-den-westen/
3.11.2026

Die Herausforderungen für den Westen
Von Jacques Baud

Die aktuelle Lage der Ukraine ist der Tatsache geschuldet, dass die westlichen Länder den Konflikt fundamental falsch verstehen. Emotionen bilden die Grundlage für Entscheidungen, Fakten werden entsprechend ausgewählt und interpretiert.

Ein wichtiger Teil der Geschichte wurde schlicht verschwiegen zugunsten eines Narrativs, das uns in eine Sackgasse geführt hat, sagt Jacques Baud. Er bietet eine faktenbasierte Analyse der diplomatischen und politischen Dynamiken des Ukraine-Konflikts und befasst sich insbesondere mit der Entwicklung des Verhandlungsprozesses zwischen der Ukraine und Russland seit

2014. Das Buch beleuchtet die bisweilen angespannten Beziehungen zwischen den westlichen Ländern, die Rolle der Vereinigten Staaten, die Positionen der Protagonisten und ihre Interessen in diesem Konflikt. Werden Russen und Ukrainer eine Einigung erzielen können? Welche Faktoren werden eine politische Lösung bestimmen?

Im Jahr 2025 entwickelt sich die militärische Lage ganz klar zu Ungunsten der Ukraine, aber der westliche Diskurs verändert sich nur sehr leicht. Man weiß, dass sich die Ukraine in einer verzweifelten Lage befindet, weigert sich aber, dies öffentlich einzugestehen und damit das seit 2014 und bis 2022 vorherrschende Narrativ in Frage zu stellen.

Diese leichte Veränderung wird aber durch die Unnachgiebigkeit in Bezug auf Verhandlungen mit Russland im Keim erstickt. Vielleicht spielt auch Rachsucht eine Rolle. Die Europäer wissen, dass sie Selenskyj daran gehindert haben, ein Abkommen mit Russland zu unterzeichnen, das dem Land Frieden gebracht hätte. Dazu haben sie ihm Hilfe »so lange wie nötig« versprochen. Sie hatten aber nicht gedacht, dass es dermaßen lange dauern würde, und in ihren Ländern keine Maßnahmen für eine solche Situation getroffen. Die Europäer sind heute die Gefangenen ihrer eigenen Versprechungen, die gemacht wurden, ohne an die Folgen zu denken.

Kaja Kallas ist die Galionsfigur einer arroganten politischen Klasse

Dem Westen mangelt es nicht an Entschlossenheit, die Ukraine zu unterstützen, sondern an den Mitteln und an einem greifbaren Ziel. Diese Lage beginnt ihren Willen zu beeinträchtigen. Der Westen ist am Ende seiner Möglichkeiten angekommen. Die »großen« europäischen Länder sind in einer katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Lage. Ihre industriellen Kapazitäten können demzufolge den Bedarf der ukrainischen Armee nicht decken.

Und zu allem Überfluss hat sich die EU im Dezember 2024 eine Vertreterin für Äußere Angelegenheiten gegeben, die wahrscheinlich an Inkompetenz alle in den letzten Jahrzehnten übertrifft. Unfähig zu kritischem Abstand und besessen von Russland, besteht ihr persönliches Ziel in der Zerstückelung dieses Landes. Kaja Kallas ist die Galionsfigur einer oberflächlichen, ungebildeten und arroganten

politischen Klasse.

Das Hauptproblem des Westens besteht darin, dass er kein wirkliches Ziel besitzt. Gewiss hatte Bruno Le Maire im Jahr 2022 er-klärt, es gehe darum, den Zusammenbruch Russlands herbeizuführen. Ein Ziel, das auf einer dramatischen Unterschätzung der russischen Wirtschaft gründete und sich offensichtlich seit 2023 außer Reichweite befindet. Seit 2023 ist es aber niemandem gelungen, ein neues, für die Ukraine erreichbares Ziel zu formulieren. Ein Sieg wird aber durch das Erreichen der formulierten Ziele bestimmt. Wenn man kein einziges Ziel klar benennen kann, dann wird es unmöglich zu bestimmen, was denn ein Sieg wäre.

Im November 2024 schreibt Megan K. Stack in der New York Times:

»Ich denke, es ist gerechtfertigt, den Ukrainekrieg als einen Stellvertreterkrieg zu bezeichnen. Denn man kann zu dem Schluss kommen, dass die Biden-Administration diesen Krieg nicht nur aus Achtung vor dem gerechten Willen der Ukrainer, die Russen abzuwehren, unterstützt hat. Sie tat es auch, weil dieser Krieg eine Gelegenheit darstellte, unseren Feind zu schwächen, ohne ihn direkt anzugehen.«

»Geschenk für den Kreml«

Sie tut hier nichts anderes, als ein Ziel wiederzugeben, das bereits vom Atlantic Council geäußert wurde6 und sich im Zentrum der westlichen und insbesondere der europäischen Politik befindet. Wie es Kaja Kallas am 20. November 2025 ausdrückte, zielt der Westen auf eine Schwächung Russlands. Für die Ukraine hat sie jedoch lediglich das Ziel, die Ukraine zu unterstützen, ohne bestimmen zu können, was genau ein Sieg für ebenjene sein könnte. Anders ausgedrückt hat Europa keine Strategie für einen ukrainischen Sieg, sondern nur für eine Schwächung Russlands.

Wenn sich also Donald Trump vom Konflikt zurückziehen will, dann tut er das in dem Wissen, dass die Vereinigten Staaten keinen Sieg erringen werden. Ihrerseits sind die Europäer nicht in der Lage, die Verantwortung für den Konflikt von den Amerikanern zu übernehmen. Ihre Strategie beschränkt sich darauf, die Amerikaner mit allen Mitteln in Europa zu halten. Die Herausforderung für die

Europäer besteht im Bewahren der amerikanischen Unterstützung. Währenddessen sind sie durch das Fehlen eines klaren Ziels für die Ukraine zu einem endlosen Krieg verdammt.

Selbst wenn sie einen bescheidenen Eindruck macht, so befindet sich Russland doch auf der Erfolgsspur. Je mehr Sanktionen gegen Russland angehäuft werden, je mehr die Europäer ihre Abneigung gegen eine diplomatische Lösung zeigen, desto positiver wird der Moskauer Standpunkt in Russland aufgenommen und mobilisiert die Menschen. Kaja Kallas ist sprichwörtlich zu einem »Geschenk für den Kreml« geworden. Man hat es in Brüssel eindeutig mit einem großen Defizit an strategischem Denken zu tun.

JB→ob nun Herr Baud passagenweise westliche Narrative nutzt, weil er den Sanktionierern kein weitere Futter geben möchte oder selbst so denkt oder … spielt keine Rolle. Die Kernaussagen sind Grund genug dies hier zu verbreiten.

Regime Change 4 11 26

JB→nochmal, aber aus anderer Quelle

Die EU und Deutschland versuchen einen Staatsstreich in einem Mitgliedstaat – und scheitern... und WER ist eigentlich der Angreifer?

Mit dem ersten Anzeichen eines möglichen Friedens in der Ukraine und eines Zerfalls der Europäischen Union, hat diese mit Unterstützung Deutschlands einen juristischen Staatsstreich in Warschau inszeniert. Es ist das erste Mal, dass Brüssel auf diese Weise einen Staatsstreich in einem Mitgliedstaat inszeniert hat.
(Red.) In diesem Beitrag bezeichnet Autor Meyssan Russland als „Angreifer". Er folgt damit der transatlantischen Sprachregelung, mutmaßlich, um sich umständlichere Formulierungen zu ersparen. Er setzt damit das Einvernehmen seiner Leserschaft mit dem bekannten Machiavelli-Zitat voraus: „Nicht, wer zuerst zu den Waffen greift, ist Anstifter des Unheils, sondern, wer ihn dazu provozierte." Interessant ist, in der russischen Version hat er den Aggressor in Anführungszeichen gesetzt:
Германия, Польша, Швеция, Дания и страны Балтии немедленно осудили этот шаг. Ни один лидер ЕС ни разу не контактировал с «агрессором» после последнего разговора президента Эммануэля Макрона в июле 2025 года. (ww/vb/rbz)

03. 11.2'26 Von Thierry Meyssan - übernommen von voltairenet.org 3. November 2026

Die EU und Deutschland versuchen einen Staatsstreich in einem Mitgliedstaat – und scheitern

---

Mit dem ersten Anzeichen eines möglichen Friedens in der Ukraine und eines Zerfalls der Europäischen Union, hat diese mit Unterstützung Deutschlands einen juristischen Staatsstreich in Warschau inszeniert. Es ist das erste Mal, dass Brüssel auf diese Weise einen Staatsstreich in einem Mitgliedstaat inszeniert hat.
(Red.) In diesem Beitrag bezeichnet Autor Meyssan Russland als „Angreifer". Er folgt damit der transatlantischen Sprachregelung, mutmaßlich, um sich umständlichere Formulierungen zu ersparen. Er setzt damit das Einvernehmen seiner Leserschaft mit dem bekannten Machiavelli-Zitat voraus: „Nicht, wer zuerst zu den Waffen greift, ist Anstifter des Unheils, sondern, wer ihn dazu provozierte." Interessant ist, in der russischen Version hat er den Aggressor in Anführungszeichen gesetzt:
Германия, Польша, Швеция, Дания и страны Балтии немедленно осудили этот шаг. Ни один лидер ЕС ни разу не контактировал с «агрессором» после последнего разговора президента Эммануэля Макрона в июле 2025 года. (ww/vb/rbz)

Auch wenn es erst einige Stunden nach der Einrichtung und Einhaltung eines humanitären Korridors in Oleschky geschah, erschütterte das 90-minütige Telefongespräch, das der norwegische Premierminister Jonas Gahr Støre und der finnische Präsident Alexander Stubb am 27. Oktober 2026 auf eigene Initiative mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin führten, die Europäische Union. Es war eine unumstössliche Regel, die sich die EU auferlegt hatte: «Niemals mit dem russischen Diktator sprechen!»

Deutschland, Polen, Schweden, Dänemark und die baltischen Staaten haben diesen Schritt umgehend missbilligt. Seit Präsident Emmanuel Macron im Juli 2025 hatte kein Staats- oder Regierungschef der EU-Mitgliedstaaten mehr auch nur den geringsten Kontakt zum Angreifer. Der Präsident des Europäischen Rates, der Portugiese António Costa, der es im Juni 2026 gewagt

hatte, indirekt Kontakt zum Kreml aufzunehmen, war scharf zurechtgewiesen worden.

Polen stand jedoch kurz vor einem Umbruch. Polen, das von 1795 bis 1918 und von 1939 bis 1945 vollständig verschwunden war, ist historisch gesehen gespalten zwischen jenen, die in erster Linie Angst vor Russland haben, und jenen, die in erster Linie Angst vor Deutschland haben. Derzeit wird das Land in einer Koalition von einer Regierung der Bürgerkoalition (Donald Tusk) – die der EU wohlgesonnen ist – und einem Präsidenten der Partei Recht und Gerechtigkeit (Karol Nawrocki) gemeinsam regiert. Doch diejenigen, die in erster Linie Angst vor Deutschland haben, fürchten auch die EU, die von Berlin dominiert wird, und wenden sich daher den Vereinigten Staaten zu.

Während seiner ersten Amtszeit war Donald Trump am 6. Juli 2017 nach Warschau gereist, um das alte polnische Projekt der «Drei-Meere-Initiative» zu unterstützen; ein Projekt, auf das sich Präsident Trump heute stützt, um die Kriegstreiberei der Europäischen Union zu vereiteln und Frieden in der Ukraine zu schliessen.

Der bevorstehende Frieden, den die USA und Russland in der Ukraine vorbereiten, würde alle Bemühungen der EU gegen die Russen im Besonderen und die Slawen im Allgemeinen zunichte machen.

Vor dem Staatsstreich

Am 26. Oktober entscheidet ein polnisches Gericht über die Verleumdungsklage, die Präsident Karol Nawrocki gegen die Ringier-Axel Springer-Gruppe in Polen eingereicht hat. Seit Monaten versuchen die Bürgerkoalition und der Premierminister selbst, die

sehr katholischen Polen davon zu überzeugen, dass ihr Präsident ein Zuhälter ist [1].

Am 28. Oktober erklärt Jarosław Kaczyński, ehemaliger Premierminister und derzeitiger Vorsitzender der Partei «Recht und Gerechtigkeit», dass Polen aus der Europäischen Union austreten müsse, sollte diese sich nicht reformieren und ihre Kommission abschaffen. Premierminister Donald Tusk kommentiert dies daraufhin auf X : « Jarosław Kaczyński hat soeben angekündigt, dass Polen Verhandlungen über die Bedingungen für einen Austritt aus der Europäischen Union aufnehmen sollte. Das ist unter anderem einer der Streitpunkte im Kampf, der heute in Polen tobt. Ein harter Kampf. Ich habe nicht die Absicht, ihn zu verlieren, auch wenn nicht alle mit mir im selben Boot sitzen.» [2].

Am 29. Oktober sandte der stellvertretende Polizeichef, Oberkommissar Tomasz Michułka, ein Schreiben an die Provinzkommandanten. Es handelte sich um einen Befehl zur Vorbereitung auf die Mobilisierung der Polizeikräfte vom 2. bis 8. November im Zusammenhang mit «der operativen Lage im Land». Zu diesem Zeitpunkt geschah jedoch nichts im Land, und der 2. November war der Tag, an dem der Präsident der Republik von einer Reise nach Afrika zurückkehren sollte.
In der Folge forderte die Gewerkschaft „Policyjna Solidarność“ – mit dem Verweis darauf, dass die Polizei den Bürgern und nicht einer politischen Partei zu dienen habe, und unter Aufgreifen von Fragen aus ihrer Basis – eine Erklärung für das Verhalten der Führung vor dem Verfassungsgericht, wo diese dem Präsidenten den Zutritt zum Gebäude verweigerte [3].

Brüssel und Berlin bereiten gerade einen Staatsstreich in Warschau vor – keinen militärischen, sondern einen juristischen.

Sie stützten sich auf den Premierminister Donald Tusk, einen ehemaligen Jugendfreund von Angela Merkel. Denn während

der Sowjetzeit, als Reisen stark eingeschränkt waren, verbrachte die Familie von Pfarrer Merkel ihre Ferien bei den Tusks. Aus diesem Grund drängte Angela Merkel, nachdem sie Bundeskanzlerin geworden war, ihren Freund Donald dazu, in die Politik zu gehen. Das ist auch der Grund, warum der derzeitige Bundeskanzler Friedrich Merz glaubte, über Donald Tusk wieder die Zügel in die Hand nehmen zu können. [Hervorhebung seniora.org]

Der Staatsstreich

Im Jahr 2015 liess der neue Präsident, Andrej Duda (Recht & Gerechtigkeit), fünf von der vorherigen Versammlung gewählte Richter nicht vereidigen. Stattdessen liess er fünf neue Richter wählen. Gleichzeitig liess er sowohl das Wahlverfahren für die Richter als auch das des Gerichts so ändern, dass stets qualifizierte Mehrheiten erforderlich sind.
In der Folge bekräftigt das polnische Verfassungsgericht den Vorrang des polnischen Rechts vor dem EU-Recht. Am 19. Oktober 2021 verurteilt Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission [4], diesen Verstoss gegen die «Rechtsstaatlichkeit». Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) nimmt andere Themen – die Justizreform sowie den Status von Homosexuellen – zum Anlass, Polen zu einem täglichen Zwangsgeld in Höhe von einer Million Euro zu verurteilen, solange das Land diese Reformen nicht vollständig aufhebt.
Die Lage entspannt sich erst, als Polen mehr als 1,5 Millionen ukrainische Flüchtlinge aufnimmt..
Wie dem auch sei, Anhänger von „Recht und Gerechtigkeit" halten 2026 ein Sitzstreik-Protest vor dem Verfassungsgericht ab.

Kaum ist Präsident Nawrocki zu einem offiziellen Besuch im Senegal aufgebrochen, beantragt der Justizminister – der zugleich Generalstaatsanwalt ist –, Waldemar Żurek, am 30. Oktober 2026

um 17:42 Uhr die Aufhebung der Immunität des Präsidenten des Verfassungsgerichts, Bogdan Święczkowski.

Die Verfassungsrichterin Anna Korwin-Piotrowska – die zwar von Tusks Parlamentsmehrheit ernannt, aber noch nicht vor Präsident Nawrocki vereidigt worden war – „suspendiert" daraufhin den Präsidenten des Gerichts, Bogdan Święczkowski, sowie dessen Vizepräsidenten, Bartłomiej Sochański, mit der Begründung, dass diese die neu gewählten Richter noch immer nicht registriert hätten. Aufgrund ihrer Dienstältestenstellung beansprucht sie den nun vakanten Vorsitz des Gerichts für sich.

Das ist zweifellos ein Staatsstreich. Nichts berechtigte eine Richterin, die ihr Amt noch nicht angetreten hatte, auch nur die geringste Entscheidung zu treffen, geschweige denn ihren zukünftigen Vorgesetzten zu suspendieren.

Die EU hat schon oft Staatsstreiche in mehr oder weniger weit entfernten Regionen organisiert. Aber es ist das erste Mal, dass sie einen solchen in einem Mitgliedstaat inszeniert. Sie verhält sich hier so, wie es die NATO während der bipolaren Ära tat, als sie die Sowjetunion in Schach hielt [5].

Als Präsident Karol Nawrocki (Recht und Gerechtigkeit) diese Nachricht erhielt, während er gerade über Andalusien flog, beschloss er, seine Reise in den Senegal abzusagen und nach Warschau zurückzukehren. Sobald er am Flughafen angekommen war, wies er seine Leibwächter an, ihn zum Verfassungsgericht zu bringen. Doch er konnte das Gebäude nicht betreten: Es wurde von der Polizei belagert.

Donald Tusk (Bürgerkoalition), Premierminister, schreibt auf seinem X-Account: «Die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit ist unsere Pflicht. Nach Jahren der von der PiS angeführten Anarchie

ist dies ein schwieriger, manchmal schmerzhafter Prozess, der entschlossenes Handeln erfordert. Es gibt keinen anderen Weg.» [6].

Dann äußerte er sich im Fernsehen und erklärte: „In einem Rechtsstaat kann ein Politiker nicht in ein Gericht gehen, dort Befehle erteilen oder Richter einschüchtern – selbst wenn er Präsident ist. Der Rechtsstaat kennt keine Parteifarben und keinen Begriff der Straflosigkeit. Nennen wir die Dinge beim Namen: Seit Jahren gibt es in Polen Organisationen und Politiker, die die Demokratie und den Rechtsstaat zerstören wollen."
Es ist heute nicht meine Aufgabe zu beurteilen, warum sie das tun. Ist es Gier, Dummheit oder Verrat? Letztlich ist das Ergebnis dasselbe. Es ist kein Zufall, dass sie weltweit Unterstützung bei prorussischen Kräften finden; in diesem Konflikt profitieren sie zudem von der Unterstützung durch die russische Bot-Armee im Internet. Sie haben sogar öffentliches Lob vom Chefideologen des Kremls erhalten." [7]

Die Folgen des Staatsstreichs

Am nächsten Tag veröffentlichte Außenminister Radosław Sikorski – der früher die britische Staatsbürgerschaft besaß und sich derzeit beim G20-Treffen in Atlanta aufhält – einen Beitrag auf X: „Die Ereignisse, die sich gestern Abend am Verfassungsgericht in Warschau abgespielt haben, waren nicht elegant; doch die Alternative wäre, eine verfassungswidrige Umwandlung Polens in eine Präsidialrepublik hinzunehmen. [8]" Damit räumt er ein, dass das Vorgehen der Regierung nicht „elegant" war und dass sie sich gegen die Machtbefugnisse des Staatspräsidenten stellte.

Anschließend lässt Radosław Sikorski alle seine Botschafter kontaktieren, um sich ihrer Treue zur Regierung zu versichern.

Doch Jakub Kumoch, der polnische Botschafter in Peking, und Paweł Soloch, Botschafter in Bukarest, reichen ihren Rücktritt ein – aus Protest gegen die „Suspendierung" des Präsidenten des Verfassungsgerichts. Sikorski bezeichnet sie als „unprofessionell" und als „Nawrocki ergeben". Dies weist Jakub Kumoch vehement zurück [9].

Janez Janša, slowenischer Premierminister, der einst Benjamin Netanjahu und Donald Trump nahestand und heute nur noch Letzterem nahesteht, erklärt, dass niemand damit gerechnet habe, dass sich die Europäische Union so entwickeln würde:

«1. Die Präsidentschaftswahlen absagen (Rumänien);
2. Eine Nachrichtensendung im nationalen Fernsehen (RTV) streichen (Ungarn);
3. Die Polizei zum Verfassungsgericht schicken (Polen);
4. Drei Wochen vor den Wahlen den Vorsitzenden einer politischen Partei ins Gefängnis stecken (Slowenien);
5. Das nationale RTV von der Polizei besetzen lassen und die Geschäftsleitung ersetzen (Polen);
6. Das Mandat der nationalen RTV-Geschäftsleitung beenden und eine Säuberungsaktion unter den Angestellten durchführen (Slowenien);
7. Mitglieder der vorherigen Regierung ins Gefängnis stecken, ohne ihnen die Möglichkeit zur Verteidigung zu geben (Ungarn);
8. Illegalen Migranten im Rahmen eines beschleunigten Verfahrens die Staatsbürgerschaft gewähren (Spanien);
9. Ein neues Kernkraftwerk schliessen und eine Gaspipeline nach Russland bauen (Deutschland);
10. Kohlenstoffintensive Energiequellen besteuern und gleichzeitig Kernkraftwerke schliessen sowie die Industrie in Länder mit niedrigen Umweltstandards verlagern – unter dem Vorwand, dass wir so den Planeten retten.» [10].

In der Nacht vom 31. Oktober teilt die selbsternannte Präsidentin des Verfassungsgerichts mit, dass der von ihr abgesetzte Präsident und der Vizepräsident kein Zutrittsrecht mehr zum Gebäude haben.

Präsident Karol Nawrocki beruft zum 3. November alle Parteivorsitzenden ein. Der Präsident des Obersten Gerichts, Zbigniew Kapiński, beruft seinerseits für den 3. November die ausserordentliche Generalversammlung der Richter des Obersten Gerichts ein.

Terror Faschismus 4 11 26

Ukraine: Sturm auf Folterknast, Tageszeitung junge Welt, 04.11.2026

die Aufdeckung des Asow-Foltergefängnisses nahe Kiew hat nun Konsequenzen. Allerdings nicht für die Betreiber, Schläger und Folterer, sondern zunächst einmal für diejenigen, die das Objekt aufdeckten und die Verwundeten daraus befreiten. Ein Gericht in Kiew hat am Mittwoch Untersuchungshaft gegen zwei Frauen angeordnet. Sie und auch der in der Einrichtung misshandelte 14-Jährige wurden zudem in die Todesliste von "Mirotworez" aufgenommen, wie wir neben anderen Meldungen in unserem Ukraine-Ticker berichten.
